

I EINLEITUNG

„Atomkraft kennt keine Grenzen“. Unter diesem Leitspruch macht die Anti-Atomkraft-Bewegung seit vielen Jahren auf die „grenzenlosen“ Gefahren ziviler Nutzung der Atomenergie¹ aufmerksam. Doch auch die Anti-Atomkraft-Bewegung, die sich seit den frühen 1970er Jahren am Oberrhein formierte, kannte keine Grenzen: Gemeinsam setzten sich Elsässer und Badener gegen die Ansiedlung von Atomkraftwerken in ihrer Heimat ein und wurden so richtungsweisend für die weitere Entwicklung der Anti-Atomkraft-Bewegung in beiden Ländern.

Während sich die vom Oberrhein ausgehende Anti-Atomkraft-Bewegung in der Bundesrepublik zu einer breiten gesellschaftlichen Bewegung entwickelte und nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima 2011 sogar den Ausstieg Deutschlands aus der Atomenergie bis 2022 erreichen konnte, kam die Bewegung im Elsass nach der Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes in Fessenheim 1977 rasch zum Erliegen. Dass es auch dort einmal eine ernstzunehmende Anti-Atomkraft-Bewegung gab, die noch dazu die bundesdeutschen Atomkraftgegner stark beeinflusste, ist heute vielfach in Vergessenheit geraten.

Im Juli 1970 erfuhr die elsässische Bevölkerung durch einen Bericht in den *Dernières Nouvelles d'Alsace*, dass das französische Industrieministerium grünes Licht für den Bau eines Atomkraftwerkes in Fessenheim gegeben hatte. Eine Gruppe von Atomkraftgegnern schloss sich daraufhin im *Comité pour la Sauvegarde de Fessenheim et de la Plaine du Rhin* (CSFR) zusammen, der ersten Initiative gegen den Bau von Atomkraftwerken in Frankreich. Eine erste, vom CSFR organisierte Demonstration versammelte im April 1971 1.500 Demonstranten in Fessenheim. Fast zeitgleich gründeten sich auch auf der badischen Rheinseite

1 Die Begriffe Atom- und Kernenergie werden in der vorliegenden Arbeit wertungsfrei nebeneinander verwendet. Zwar weist Matthias Jung darauf hin, dass sich der Begriff „Kernenergie“ als positiv besetzter Begriff der Forschung in der öffentlichen Auseinandersetzung etablierte, während „Atomenergie“ mit der militärischen Nutzung der Atomenergie, allen voran mit der Atombombe verbunden wurde. Der Begriff „Atomenergie“ bzw. das Präfix „Atom-“ wurde zudem ab Mitte der 1970er Jahre von den Atomkritikern benutzt und war in diesem Zusammenhang negativ konnotiert. Jung schränkt jedoch mit Verweis auf Veröffentlichungen über Wyhl ein, dass sich die Atomkraftgegner dieser Unterscheidung oftmals nicht bewusst waren, und sich eine Präferenz für den Begriff „Atomenergie“ erst im Laufe des Untersuchungszeitraums herauskristallisierte, vgl.: Matthias Jung: Öffentlichkeit und Sprachwandel. Zur Geschichte des Diskurses über die Atomenergie, Opladen 1994, hier S. 82–87.

Bürgerinitiativen gegen den Bau eines in Breisach vorgesehenen Atomkraftwerks, gegen den innerhalb kurzer Zeit 65.000 Einwendungen von Bürgern² vorlagen.³

Sowohl auf deutscher als auch auf französischer Seite zeigten sich Politik und Energiewirtschaft angesichts der schnell anwachsenden Proteste überrascht, hatte sich doch bis dahin in beiden Ländern kaum Widerstand gegen den Bau von Atomkraftwerken geregt. Auf deutscher Seite flauten die Proteste auch dann nicht ab, als die Landesregierung von ihren Plänen in Breisach absah und stattdessen das etwa 20 Kilometer nördlich am Kaiserstuhl gelegene Wyhl als neuen Standort für das Kernkraftwerk präsentierte. Vielmehr formierte sich auch hier umgehend Widerstand, im Rahmen der Protestaktionen intensivierten die badischen und elsässischen Atomkraftgegner ihre Kontakte. 1974 schlossen sich 21 badische und elsässische Initiativen schließlich zu den *Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen* zusammen und erregten durch Bauplatzbesetzungen, zunächst im elsässischen Marckolsheim, wo der Bau einer Bleichemiefabrik verhindert werden sollte, und schließlich in Wyhl, nationale und internationale Aufmerksamkeit.⁴

Während auf französischer Seite Umweltgruppen schon früh vor den radiologischen Risiken durch Atomkraftwerke warnten, richtete sich der Widerstand der deutschen Atomkraftgegner zunächst vor allem gegen mögliche Auswirkungen des Kraftwerkbetriebs auf das Mikroklima am Rhein; Winzer und Bauern der Region fürchteten, dass sich die Nebelbildung negativ auf ihre Ernte auswirken könnte und sahen dadurch ihre Existenz bedroht. Vorrangiges Ziel war es, die eigene Heimat vor einer umfassenden Industrialisierung zu bewahren. Der Heimatbegriff spielte in der Auseinandersetzung deshalb eine zentrale Rolle. Auch auf elsässischer Seite war der Begriff von großer Bedeutung, dies war hier jedoch vor allem der Verbindung zur Regionalismus-Bewegung geschuldet, die sich seit Anfang der 1970er Jahre im Elsass entwickelt hatte und deren Ziel es war, das Elsass vor einer Überfremdung durch die französische Kultur und auswärtige Industriekonzerne zu bewahren. Ergebnis war eine Protestkultur, die stark von regionalen Elementen geprägt war.⁵

Die Auseinandersetzung um den Bau von Atomkraftwerken hatte sich zu diesem Zeitpunkt zu einem die 1970er Jahre bestimmenden Konflikt entwickelt, der verschiedene Charakteristika eines Jahrzehnts sichtbar werden ließ, das rückblickend vor allem als Zeit der Krise und des Umbruchs gilt.

2 Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichwohl für beiderlei Geschlecht.

3 Vgl. Claudia Hagen: Die Partei der Grünen in Frankreich. Ideologie und Bewegung, Wiesbaden 2005, S.119; Georg Löser: Die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen, in: Willi Baer u. Karl-Heinz Dellwo (Hg.): Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv, Bd. 1: Die AKW-Protestbewegung von Wyhl bis Brokdorf, Hamburg 2011, S. 19–80, hier S. 24.

4 Löser, Die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen, S. 19.

5 Hier ist insbesondere die „Wiederentdeckung“ der eigenen, elsässischen Geschichte zu nennen, die sich in zahlreichen zeitgenössischen Veröffentlichungen zu dem Thema widerspiegelt: Vgl. Bernard Vogler: *L'Alsace du siècle d'or et de la guerre de trente ans. 1520–1648*, Wettolsheim 1977, Gautier Heumann: *La guerre des paysans d'Alsace et de Moselle (avril–mai 1525)*, Paris 1976; Philippe Dollinger (Hg.): *Histoire de l'Alsace*, Toulouse 1970.

Schon bald beschränkten sich die Proteste gegen den Bau von Atomkraftwerken jedoch nicht nur auf den Oberrhein. Auch andernorts in Deutschland und Frankreich entstanden Initiativen gegen Atomkraftwerke, beispielsweise in Bugey und Brokdorf. Die einzelnen Initiativen knüpften Kontakte untereinander, der daraus resultierende Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen Gruppierungen an verschiedenen Standorten war ein wesentliches Element, das die Anti-Atomkraft-Bewegung insgesamt kennzeichnete. Waren die Proteste im Elsass und in Baden von dem Gedanken der „Gewaltfreiheit“ geprägt, kam es 1977 in Brokdorf und im französischen Malville zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Atomkraftgegnern und der Polizei. Während die Kritiker der Kernenergie in der Bundesrepublik durch kontinuierliche Sensibilisierung für das Thema wachsende Akzeptanz ihrer Forderungen in der Bevölkerung erreichen konnten, führten in Frankreich die gewaltsamen Ausschreitungen der Atomkraftgegner, insbesondere jene in Malville, bei denen sogar ein Demonstrant zu Tode kam, dazu, dass die Atomkraftgegner mit ihren Anliegen nicht im gleichen Maße wie in Deutschland in die Mitte der Gesellschaft hineinwirken konnten. Auch viele Aktivisten zogen sich aufgrund der zunehmenden Gewalt zurück oder verlagerten ihr Engagement und kandidierten bei Wahlen, um ihre Forderungen mit anderen Mitteln durch die politischen Instanzen durchzusetzen.⁶

Die zunehmende Beschäftigung mit der jüngeren Vergangenheit ließ in der Geschichtswissenschaft das Bewusstsein wachsen, die 1970er Jahre als Zäsur der Zeitgeschichte wahrzunehmen. Anders als die vorangegangenen beiden Jahrzehnte nach Ende des Zweiten Weltkrieges, die mit „Wiederaufbau“ bzw. „Reform“ umschrieben werden können, taten sich Politikwissenschaftler und Historiker bei der Charakterisierung dieses ambivalenten Jahrzehnts zunächst deutlich schwerer.⁷

Waren die Nachkriegsjahrzehnte in der Bundesrepublik und Frankreich durch das „Wirtschaftswunder“ bzw. die „Trente Glorieuses“ und dem damit verbundenen allgemeinen Wohlstand sowie einem scheinbar grenzenlosen Wirtschaftswachstum geprägt, zeigten sich seit Ende der 1960er Jahre durch stagnierende Wirtschaftszahlen verbunden mit steigenden Arbeitslosenzahlen erstmals Anzeichen einer Krise.⁸ Diese traten mit der Ölkrise 1973 umso deutlicher zutage: Der Ölpreis stieg um ein Vielfaches, die Folge waren Rezession, Inflation, niedrige Wachstumsraten in der industriellen Produktion sowie ein Anstieg der Arbeitslosigkeit.⁹

6 Vgl. Hangen, Die Partei der Grünen in Frankreich, S. 83.

7 Anselm Doering-Manteuffel: Langfristige Ursprünge und dauerhafte Auswirkungen. Zur historischen Einordnung der siebziger Jahre, in: Konrad H. Jarausch (Hg.): Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008, S. 313–329, hier S. 313.

8 Zur Krisenwahrnehmung in den 1970er Jahren vgl. Anselm Doering-Manteuffel u. Lutz Raphael: Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008.

9 Hélène Miard-Delacroix: Im Zeichen der europäischen Einigung. 1963 bis zur Gegenwart, Darmstadt 2011, S. 61 (Deutsch-französische Geschichte Bd. 11), Andreas Rödder: Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990, München 2004 (Oldenbourg Grundriss der Geschichte 19a), S. 48/49; Ulrich Herbert: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014, S. 894–895.

Sowohl Frankreich als auch die Bundesrepublik machten sich als Reaktion auf die wirtschaftliche Krise auf die Suche nach alternativen Energieformen und fanden die Antwort in der Atomenergie, die eine unabhängige, saubere und damit umweltfreundliche Energieerzeugung versprach. Vor allem Frankreich verschrieb sich in Folge der Ölkrise ab 1974 mit dem Plan Messmer dem „tout nucléaire“ und setzte auf den flächendeckenden Bau von Atomkraftwerken.¹⁰

Nicht nur die wirtschaftlichen Auswirkungen des Ölpreisschocks sprachen für eine Krise, auch der Planet Erde schien nach Ansicht vieler Zeitgenossen an seine Grenzen gelangt zu sein. Ihre Bestätigung fanden sie in dem 1972 vom Club of Rome publizierten Bericht über die „Grenzen des Wachstums“, der einen plötzlichen und unkontrollierten Rückgang von Bevölkerung und industrieller Leistungsfähigkeit prognostizierte, sollten Weltbevölkerung, Industrialisierung, Umweltverschmutzung, Nahrungsmittelproduktion und Ausbeutung natürlicher Rohstoffe weiter auf dem damaligen Stand ansteigen.¹¹

Der Bericht des Club of Rome war dabei Teil einer Entwicklung, die das Thema Umweltschutz in der Öffentlichkeit präsenter werden ließ. Auch die Politik bemühte sich zu diesem Zeitpunkt um einen stärkeren Umweltschutz: Die französische Regierung gründete 1971 ein Umweltministerium¹², in der Bundesrepublik strebte die sozialliberale Bundesregierung mit Initiativen gegen Luft- und Gewässerverschmutzung nach einem besseren Umweltschutz, in Stockholm fand 1972 erstmals eine UN- Umweltkonferenz statt.¹³ Insbesondere Umwelthistoriker plädieren deshalb dafür, die 1970er Jahre als Epochenschwelle wahrzunehmen, in der sich die gesellschaftliche Wahrnehmung der Umwelt nachhaltig veränderte.¹⁴

Wie Hélène Miard-Delacroix in ihrer deutsch-französischen Geschichte darlegt, hatte die Krise eine nachhaltige psychologische Wirkung auf die Bevölkerung in Deutschland und Frankreich. Das Ergebnis war in beiden Staaten eine „sozialkulturelle Zäsur“, die die Euphorie der „68er“ in Skepsis und Angst verwandelte. An die Stelle der Wachstumsgl ubigkeit trat die Sorge um die Umwelt, die sich in der Bundesrepublik in der Angst vor der Atomenergie manifestierte. Daneben

- 10 Zur deutschen und französischen Energiepolitik vor dem Hintergrund der Ölkrise vgl. Sandra Tauer: Störfall für die gute Nachbarschaft? Deutsche und Franzosen auf der Suche nach einer gemeinsamen Energiepolitik (1973–1980), Göttingen 2012.
- 11 Vgl. Dennis L. Meadows u. a. (Hg.): The limits to growth. A report for the Club of Rome’s project on the predicament of mankind, New York 1972, S. 23.
- 12 Zur Geschichte des französischen Umweltministeriums: Comité d’histoire (Hg.): Les 40 ans du ministère de l’Environnement, Actes de la journée. Pour mémoire, numéro hors serie printemps 2013.
- 13 Niels Freytag: „Eine Bombe im Taschenbuchformat“? Die Grenzen des Wachstums und die öffentliche Resonanz, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 3 (2006) <http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Freytag-3-2006>.
- 14 Patrick Kupper: Die „1970er Diagnose“. Grundsätzliche Überlegungen zu einem Wendepunkt der Umweltgeschichte, Archiv für Sozialgeschichte 43 (2003), S. 325–348; Holger Nehring: Genealogies of the Ecological Moment: Planning, Complexity and the Emergence of „the Environment“ as Politics in West Germany 1949–1982, in: Sverker S rlin u. Paul Werde (Hg.): Nature’s End. History and the Environment, Basingstoke 2009, S. 115–138.

intensivierten sich die Bemühungen zur Erforschung alternativer Energiequellen, um unabhängiger vom Rohstoff Erdöl zu werden.¹⁵

Auch Frankreich stand vor diesen Herausforderungen, dort schätzte man die ökologischen Risiken jedoch weitaus geringer ein. Anders als in der Bundesrepublik entwickelte sich der flächendeckende Ausbau der Atomenergie dort im Laufe der 1970er Jahre zum politischen und gesellschaftlichen Konsens.¹⁶

Neben Krisenphänomenen wie steigenden Arbeitslosenzahlen und strukturellen Umbrüchen in der Wirtschaft, zeichnete sich das Jahrzehnt „nach dem Boom“ darüber hinaus durch neue gesellschaftliche Tendenzen aus. Schon 1977 konstatierte Ronald Inglehart einen deutlichen Wertewandel bei jungen Westeuropäern, eine „Silent Revolution“, die für ihn den Übergang von materiellen zu postmateriellen Wertvorstellungen markierte. Demnach weckten die Befriedigung existentieller Grundbedürfnisse und ein höherer Bildungsgrad bei der Jugend das Bedürfnis nach individueller Selbstverwirklichung. Dies manifestierte sich schließlich in einem verstärkten Engagement für die Umwelt sowie einer wachsenden politischen Partizipation vor allem außerhalb der traditionellen Interessenvertretungen wie Parteien oder Gewerkschaften.¹⁷

Zwar wurden Ingleharts Thesen zwischenzeitlich kritisch hinterfragt und reichen zur Analyse der Anti-Atomkraft-Bewegung am Oberrhein nicht aus, da durch die Fokussierung auf jüngere Altersgruppen das Engagement der älteren Atomkraftgegner nicht hinreichend erklärt werden kann, dennoch lässt sich in dieser Zeit ein Wertewandel in der Bevölkerung nicht bestreiten.

Seinen Ausdruck fand dieser Wertewandel unter anderem in den „Neuen Sozialen Bewegungen“, die sich seit den 1970er Jahren in zahlreichen westlichen Staaten ausgebildet hatten. Anselm Doering-Manteuffel weist diesen eine wichtige Bedeutung für die weitere Entwicklung der Bundesrepublik zu, da sie nicht nur Anteil an der Entstehung der Grünen gehabt haben, sondern weil ihr Engagement auch eine politische und sozialkulturelle Wirkung entfaltet habe, die bis heute anhält und deren alternative Konsumentenkultur sich zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor entwickelt habe.¹⁸

Mit den Protesten gegen die Atomenergie war aber auch eine weitreichende Fortschrittskritik verbunden. Waren die 1960er Jahre noch von allgemeinem Fortschrittsglauben gekennzeichnet, wuchs nun die Angst vor unkalkulierbaren Risiken der Technik. Fortschritt, in den vorangegangenen Jahrzehnten noch ein positiv besetzter Begriff, wurde nun mehr und mehr skeptisch beäugt. Kritik richtete sich dabei vor allem gegen die Übermacht des Staates sowie gegen den immer weiter wachsenden Einfluss von Experten. In Bezug auf die Atomenergie spiegelte sich

15 Vgl. Miard-Delacroix, *Im Zeichen der europäischen Einigung*, S. 61.

16 Ebd., S. 61/62.

17 Vgl. Ronald Inglehart: *The Silent Revolution. Changing values and political styles among western publics*, Princeton 1977, S. 12–16.

18 Doering-Manteuffel, *Langfristige Ursprünge*, S. 321.

diese Fortschrittskritik in der Angst vor einem „Atomstaat“¹⁹ bzw. einem „électro-fascisme“.²⁰

Für Ulrich Beck waren die unkontrollierbaren Risiken fortschreitender Technisierung und die Umweltverschmutzung der Beleg dafür, dass sich die traditionelle Industriegesellschaft ihrem Ende zuneigte und eine neue gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung Individuen mit Bedrohungen konfrontiere, unabhängig davon, wie sehr der Einzelne an der Entstehung der Risiken beteiligt war. Zwar wurde Becks Diagnose der „Risikogesellschaft“ zwischenzeitlich kritisch hinterfragt, kurz nach ihrem Erscheinen 1986 wurde seine Veröffentlichung jedoch intensiv rezipiert, schienen sich seine Thesen doch durch die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl zu bestätigen.²¹

1 METHODIK UND FRAGESTELLUNG

Eine Vielzahl von Veröffentlichungen zur Auseinandersetzung um die friedliche Nutzung der Kernenergie in Deutschland und Frankreich betonen zwar die deutsch-französische Kooperation im Kampf gegen den Bau von Atomkraftwerken am Oberrhein²², bislang existiert jedoch noch keine Untersuchung, welche die Anti-Atomkraft-Bewegung am Oberrhein als Ganzes untersucht hätte. Eine solche Untersuchung erscheint im Hinblick auf die gemeinsamen Anfänge und die schließlich sehr unterschiedliche Entwicklung der Anti-Atomkraft-Bewegungen in beiden Ländern jedoch als äußerst gewinnbringend.

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Atomkraftgegner in der deutsch-französischen Grenzregion eingehend zu analysieren und darüber hinaus auch Charakteristika beziehungsweise Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Anti-Atomkraft-Bewegungen in beiden Ländern herauszuarbeiten. Es soll der Frage nachgegangen werden, wie sich die Atomkraftgegner organisierten, wie sie ihre Forderungen artikulierten und inwiefern politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen in beiden Ländern über Erfolg oder Scheitern der Anti-Atomkraft-Bewegung diesseits und jenseits des Rheins bestimmten. Dabei gilt es zu überprüfen, wie eng die von badischen und elsässischen Atomkraftgegnern beschworene Zusammenarbeit tatsächlich war, wodurch ihr Grenzen gesetzt wurden und wie die am Oberrhein entstandene Protestkultur die Anti-Atomkraft-Bewegungen in beiden Ländern und darüber hinaus beeinflusste.

Im Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit stehen dabei die *Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen*, ein Zusammenschluss von Bürgerinitiativen gegen Atomenergie, welche die Auseinandersetzung um die zivile Nutzung der Atomenergie am Ober-

19 Robert Jungk: Der Atomstaat. Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit, München 1977.

20 Vgl. IONIX, 10/1975, S. 28.

21 Ulrich Beck: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, 3. Auflage Frankfurt a. M. 1987.

22 So zum Beispiel Dieter Rucht: Anti-Atomkraftbewegung, in: Roland Roth u. Dieter Rucht (Hg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt a. M. 2008, S. 245–266, hier S. 249.

rhein seit Mitte der 1970er Jahre dominierten. Zwar beteiligten sich auch schweizerische Gruppen, die gegen das Atomkraftwerk in Kaiseraugst kämpften, an den Protesten, der Schwerpunkt dieser Arbeit soll jedoch auf der deutsch-französischen Perspektive liegen.

Weil die Anti-Atomkraft-Bewegungen im Elsass und in Baden nicht unabhängig voneinander bestanden, sondern insbesondere durch die Gründung der *Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen* vielfältige Verbindungen über den Rhein hinweg entstanden und die Gruppen aufeinander einwirkten, griffe in der vorliegenden Arbeit eine rein vergleichende Analyse oder eine Transfergeschichte zu kurz. Es wird deshalb der Ansatz einer „Histoire croisée“²³ gewählt, um neben Unterschieden und Gemeinsamkeiten auch die Verflechtungen zwischen den Anti-Atomkraft-Bewegungen beiderseits des Rheins herausarbeiten zu können.

Einen weiteren Ansatz bietet das Projekt „Memotransfront“, das die Überlagerungs- und Vernetzungsvorgänge in der Grenzregion Saar-Lor-Lux im 19. und 20. Jahrhundert vor dem Hintergrund grenzüberschreitender Erinnerungsorte untersucht.²⁴

Die Arbeit folgt dabei der Forderung von Lutz Raphael und Anselm Doering-Manteuffel, die im Rahmen einer „Zeitgeschichte nach dem Boom“ dafür plädieren, Querverbindungen zwischen funktional getrennten Bereichen wie Politik, Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft in den Blick zu nehmen, um so „die Aufmerksamkeiten auf Schnittstellen und Wechselwirkungen zwischen den getrennten Forschungsgebieten, aber auch zwischen unterschiedlichen Lebenssphären und funktional differenzierten Sektoren zu richten.“²⁵ Um den unterschiedlichen Dimensionen des Protests gerecht zu werden, geht die Arbeit daher über eine reine Bewegungs- bzw. Politikgeschichte hinaus und verknüpft unterschiedliche methodische Ansätze miteinander, um die Proteste am Oberrhein auch aus kultur-, medien- und erinnerungsgeschichtlicher Perspektive beleuchten zu können.

23 Das Konzept der „Histoire croisée“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, transnationale Phänomene zu untersuchen und dabei über einen historischen Vergleich und eine Transfergeschichte hinauszugehen. Dadurch werden auch Verflechtungen durch Kontakte, den Austausch von Ideen sowie die reine Existenz des anderen in die Untersuchung miteinbezogen, um so auch eine gegenseitige Beeinflussung sowie Rezeptionsmechanismen herausarbeiten zu können. Durch den dezidiert multiperspektivischen Zugang sollen zudem Probleme, die sich durch eine singuläre Betrachtungsweise ergeben können, etwa in Hinblick auf Beobachterposition, Vergleichsebene und angewendete Vergleichskategorien, vermieden werden. Zur Histoire croisée vgl.: Michael Werner u. Bénédicte Zimmermann: Vergleich, Transfer, Verflechtung. Der Ansatz der Histoire croisée und die Herausforderung des Transnationalen, in: GG 28 (2002), S. 607–636; Michael Werner u. Bénédicte Zimmermann: Penser l’histoire croisée: entre empirie et réflexivité, in: Annales. Histoire, Sciences Sociales, 58/1 (2003), S. 7–36.

24 Zu Memotransfront vgl.: Rainer Hudemann unter Mitarbeit von Marcus Hahn, Gerhild Krebs und Johannes Großmann (Hg.), Stätten grenzüberschreitender Erinnerung – Spuren der Vernetzung des Saar-Lor-Lux-Raumes im 19. und 20. Jahrhundert. Lieux de la mémoire transfrontalière – Traces et réseaux dans l’espace Sarre-Lor-Lux aux 19^e et 20^e siècles, Saarbrücken 2002, 3., technisch überarbeitete Auflage 2009. Publiziert als CD-ROM sowie im Internet unter www.memotransfront.uni-saarland.de.

25 Raphael/Doering-Manteuffel, Nach dem Boom, S. 92.

Die Beschränkung auf die Zeitspanne zwischen 1970 und 1985 wurde gewählt, da die Untersuchung der Anti-Atomkraft-Bewegung selbst für einen begrenzten Raum wie die Oberrheinregion im Rahmen einer Dissertation für einen noch längeren Untersuchungszeitraum nicht zu bewältigen gewesen wäre. Die Untersuchung spannt den Bogen vom Beginn der ersten Proteste gegen das Atomkraftwerk in Fessenheim 1970 bis zur Mitte der 1980er Jahre. Die Zäsur im Jahr 1985 ergibt sich aus mehreren Gründen: Zum einen waren die Pläne für das Atomkraftwerk im badischen Wyhl von der Landesregierung in Stuttgart zu diesem Zeitpunkt mangels Energiebedarf auf Eis gelegt worden.²⁶ Damit ergaben sich nun auch auf badischer Seite gewisse Auflösungstendenzen der Anti-Atomkraft-Bewegung, nachdem die elsässische Bewegung spätestens Ende der 1970er Jahre mit der Inbetriebnahme des AKW Fessenheim bereits im Niedergang begriffen war. Zum anderen begann mit der Nuklearkatastrophe in Tschernobyl 1986 eine neue Phase der Auseinandersetzung um die friedliche Nutzung der Atomkraft und ihrer Risiken.²⁷ Die Katastrophe hatte gezeigt, dass die von den Atomkraftgegnern prophezeiten Gefahren durchaus real werden konnten. Daneben ergab sich nach dem Reaktorunfall mit der Tschernobyl-Hilfe ein weiteres Aktionsfeld für die Anti-Atomkraft-Bewegung. Nach Tschernobyl veränderte sich die Bewegung spürbar, wodurch das Jahr 1985 als sinnvolle zeitliche Trennlinie der Betrachtung gelten kann. Schließlich ermöglicht der ausgewählte Zeitraum aber auch, den größtmöglichen Teil der durch die Archivgesetze beider Länder freigegebenen Akten auswerten zu können.

Der Untersuchungszeitraum fällt in eine Periode der deutsch-französischen Beziehungen, die ohne große Konflikte zwischen beiden Staaten war. Vielmehr befanden sie sich in einer „sehr friedlichen Phase der Normalisierung“²⁸. Zwischen den beiden Staaten hatten sich seit 1945 vielfältige Beziehungen und Kooperationen entwickelt, die von Beginn an vor allem auch auf zivilgesellschaftlichen Initiativen fußten und beide Länder enger zusammenrücken ließen. Dies zeigte sich insbesondere auch in den Grenzregionen, wo sich gerade seit Ende der 1970er Jahre auch neue Formen der institutionellen Zusammenarbeit auf regionaler Ebene entwickelten.

Ausgehend von den Wurzeln der Anti-Atomkraft-Bewegung der 1970er Jahre soll zunächst der entwicklungsgeschichtliche Rahmen der Proteste gegen Kernkraftwerke am Oberrhein abgesteckt werden. Im Zentrum steht dabei die Frage, wie die Atomkraftgegner beiderseits des Rheins ihre Ziele im Hinblick auf die Vermeidung einer fortschreitenden Industrialisierung der Region gegenüber den politisch Verantwortlichen artikulierten und inwieweit sie ihre Forderungen im jeweiligen

26 Wyhl. Lichter aus, in: Der Spiegel 1/1986, S. 39/40.

27 Zur Reaktion auf Tschernobyl in der Bundesrepublik und in Frankreich vgl: Franz J. Brüggemeier: Tschernobyl, 26. April 1986. Die ökologische Herausforderung, München 1998; Melanie Arndt: Tschernobyl. Auswirkungen des Reaktorunfalls auf die Bundesrepublik und die DDR, Erfurt 2011; Karena Kalmbach: Tschernobyl und Frankreich. Die Debatte um die Auswirkungen des Reaktorunfalls im Kontext der französischen Atompolitik und Elitenkultur, Frankfurt a. M. u. a. 2011.

28 Miard-Delacroix, Im Zeichen der europäischen Einigung, S. 9.

politischen System durchsetzen und als Thema im zivilgesellschaftlichen Diskurs etablieren konnten.

Die Atomkraftgegner waren in ihrer Auseinandersetzung um den Bau von Atomkraftwerken mit unterschiedlichen politischen Systemen konfrontiert. Dies wird schon durch die Zuständigkeiten für den Bau der Atomkraftwerke deutlich: Während im zentralistischen Frankreich die Zuständigkeiten ausnahmslos bei der Regierung in Paris liegen, fällt in der föderalistischen Bundesrepublik zwar die Entwicklung des Atomprogramms in den Verantwortungsbereich der Bundesregierung, der Bau von Atomkraftwerken sowie die Standortwahl jedoch in die Zuständigkeit der Bundesländer. Bereits Jens Ivo Engels hat darauf hingewiesen, dass die „Offenheit des politischen Systems mit seinen föderalen, teilweise rivalisierenden Zuständigkeiten, die starke Stellung der Verwaltungsgerichte mit ihren unterschiedlichen Rechtsauffassungen“²⁹ in der Bundesrepublik den Protest begünstigt und auch zu Teilerfolgen der Umweltbewegung geführt hätten. Als Gegenbeispiel führte er sogleich Frankreich an, wo die technischen und politischen Eliten nahezu geschlossen hinter der Atomkraft stünden.³⁰

Am Beispiel der Bauplatzbesetzungen in Marckolsheim und Wyhl, die zum Vorbild für ähnliche Aktionen im In- und Ausland wurden, soll untersucht werden, welche Verhandlungsstrategien Atomkraftgegner und politisch Verantwortliche in diesen Situationen einsetzten, um ihre Ziele durchzusetzen, und inwiefern ihnen dies gelang. Insbesondere die Verhandlungen mit der badischen Landesregierung um die Offenburger Vereinbarung bieten hier interessante Einblicke in die Verhandlungsstrategien der beteiligten Konfliktparteien. Dass die Auseinandersetzung zwischen Bundesregierung und Atomkraftgegnern an dieser Stelle nur begrenzt thematisiert wird, erklärt sich aus der Tatsache, dass die Entscheidung für den Bau eines Atomkraftwerkes in die Kompetenz der Länder fällt und die Auseinandersetzung folglich im Wesentlichen mit der Landesregierung in Stuttgart geführt wurde.

Auf badischer Seite nutzten die Gegner des Atomkraftwerkes in Wyhl auch den Weg durch die Instanzen, um den Bau noch zu verhindern. Die gerichtliche Auseinandersetzung bot den Bürgerinitiativen nicht nur eine Plattform, um ihre Forderungen darzustellen, sondern klärte auch die Frage, ob der Bau des AKW rechtmäßig war. Es soll deshalb der Frage nachgegangen werden, inwiefern dieser Weg erfolgversprechend für die Atomkraftgegner war.

Die Auseinandersetzungen zwischen den politisch Verantwortlichen beiderseits des Rheins und den Atomkraftgegnern sollen schließlich beispielhaft noch einmal anhand der Diskussion über höhere Sicherheitsstandards, einen grenzüberschreitenden Informationsaustausch und Katastrophenschutz im Fall des 1977 in Betrieb genommenen Atomkraftwerks in Fessenheim sowie im Hinblick auf Kommunikation über die weiteren Atomkraftwerksplanungen am Oberrhein aufgezeigt werden.

29 Jens Ivo Engels: *Naturpolitik in der Bundesrepublik. Ideenwelt und politische Verhaltensstile in Naturschutz und Umweltbewegung 1950–1980*, Paderborn 2006, S. 349.

30 Ebd.

In einem weiteren Schritt sollen die *Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen* im Zentrum der Untersuchung stehen. Über einen bewegungsgeschichtlichen Ansatz sollen dabei Organisationsgrad, Mitgliederstruktur, Zielsetzung und Aktionsformen der Anti-Atomkraft-Bewegung am Oberrhein untersucht werden. Ausgangspunkt bildet dabei die Einordnung der Anti-Atomkraft-Bewegung als Teil der „Neuen Sozialen Bewegungen“. Diese umfassten politische Protestgruppen und soziale Bewegungen, die sich seit den späten 1960er Jahren aus der Studentenbewegung entwickelt hatten, deren Wurzeln aber vielfach, wie zum Beispiel bei der Friedensbewegung, noch weiter in die Vergangenheit reichen. Diese „neuen“ Bewegungen grenzten sich von der Arbeiterbewegung als klassische soziale Bewegung ab, indem sie deren Fortschrittskonzepte und Organisationsmodelle in Frage stellten und sich stattdessen für eine Verbesserung der Lebensbedingungen sowie eine solidarische und selbstbestimmte Lebensweise einsetzten.³¹

Anhand von Joachim Raschkes Definition der Sozialen Bewegung als „ein mobilisierender kollektiver Akteur, der mit einer gewissen Kontinuität auf der Grundlage hoher symbolischer Integration und geringer Rollenspezifikation mittels variabler Organisations- und Aktionsformen das Ziel verfolgt, grundlegenden sozialen Wandel herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen“³², soll überprüft werden, inwieweit die Anti-Atomkraft-Bewegung am Oberrhein diesen Kriterien entspricht.

Diese Herangehensweise stellt insofern eine Herausforderung dar, als dass es sich bei den „Neuen Sozialen Bewegungen“ um ein Konzept von zeitgenössischen Sozialwissenschaftlern handelt, das zunächst einmal hinterfragt beziehungsweise dekonstruiert werden muss. Die Forscher waren vielfach persönlich in die Auseinandersetzungen involviert und beeinflussten zudem mit ihren Studien die Urteilsbildung in der medialen Öffentlichkeit. Die Studien zu den „Neuen Sozialen Bewegungen“ sind deshalb nicht nur als wissenschaftlich fundierte Darstellungen zur Thematik zu betrachten, die wichtiges Faktenwissen liefern, sie sind darüber hinaus auch eine wichtige Quelle zur Analyse des Problemkontexts.³³ Insbesondere in der Gegenüberstellung mit Archivdokumenten und Zeitzeugengesprächen können sich hier in der Rückschau interessante Ergebnisse hinsichtlich der zeitgenössischen wissenschaftlichen Bewertung der Bewegung und ihrer Proteste ergeben.

Dies gilt auch für die Bürgerinitiativen. Im Hinblick auf die im Zentrum der Arbeit stehenden *Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen* muss gefragt werden, inwieweit es sich bei den darin organisierten Gruppen tatsächlich um „Bürgerinitiativen“ handelte. Anders als in der Bundesrepublik, wo diese seit Anfang der 1970er Jahre beinahe inflationär als Zusammenschlüsse von Bürgern entstanden waren, die sich außerhalb der traditionellen Organisationsformen der politischen Willensbil-

31 Neue Soziale Bewegungen, in: Uwe Andersen u. Wichard Woyke (Hg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, 6. Auflage, Wiesbaden 2009, S. 464–468, hier S. 465.

32 Joachim Raschke: Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriss, Frankfurt a. M. u. a. 1985, S. 77.

33 Vgl. Raphael/Doering-Manteuffel, Nach dem Boom, S. 58/59.